



Ausschuss für Kommunalpolitik

33. Sitzung (öffentlich)

15. Januar 2003

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
• Ausschussumbesetzung	1
1 Gesetz zur Liberalisierung der Feuerbestattung	1
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP	
Drucksache 13/300	
<u>in Verbindung damit</u>	

	Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz – BestG NRW)	1
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2728	
	Ausschussprotokoll 13/682 (TOP 3)	
	• Ergebnis: <i>vertagt</i>	1
2	Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen (EntlKommG)	1
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3177	
	• Diskussion	2
	• Ergebnis: <i>vertagt</i>	2
3	Errichtung des Nationalparks Eifel	2
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/3152	
	<u>in Verbindung damit</u>	
	Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2
	Drucksache 13/3181	
	• Diskussion	2
	• Ergebnis: <i>kein Votum</i>	3

4	Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen	4
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/896	
	Ausschussprotokoll 13/387	
	<u>in Verbindung damit</u>	
	Landesnachweis „Engagiert im sozialen Ehrenamt“ auch auf kulturelle, sportliche und andere ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen	4
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/2492	
	– Abschließende Beratung und ggf. Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertrie- benen und Flüchtlinge gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	• Diskussion	4
	• Ergebnis: <i>kein Votum</i>	4
5	Kommissionsbericht über Änderungsnotwendigkeiten der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	4
	Vorlage 13/1242 (siehe auch Drucksache 13/3338)	
	– Stellungnahme des Innenministeriums	
	<u>in Verbindung damit</u>	
	Beratung über das weitere Vorgehen zu folgenden Gesetzesinitiativen und Anträgen:	5
	a) Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung	5
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/181 – Neudruck –	
	Ausschussprotokoll 13/72	

b) Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte in Räten, Kreistagen und Landschaftsversammlungen	5
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP	
Drucksache 13/197	
Vorlage 13/710	
Ausschussprotokolle 13/72 und 13/370	
c) Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene	5
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP	
Drucksache 13/623	
Ausschussprotokoll 13/226	
d) Gesetz zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit auf kommunaler Ebene	5
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP	
Drucksache 13/624	
Ausschussprotokoll 13/261	
e) Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung	5
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
Drucksache 13/784	
Vorlage 13/468	
Ausschussprotokoll 13/72	
• Bericht durch Minister Dr. Fritz Behrens (IM)	6
• Diskussion	7
• Ergebnis	9

Nach Abhandlung der Tagesordnung	9
• Gemeindeprüfungsanstalt	9
• Informationsbesuch des Ausschusses bei der Gemeinde Hid- denhausen	9
• Regelmäßige Reflektion zur kommunalen Neuordnung seit 1975	9

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Jürgen Thulke** Frank Baranowski (SPD) als Nachfolger für das ausgeschiedene und zum Minister berufene Ausschussmitglied Dr. Axel Horstmann (SPD).

1 Gesetz zur Liberalisierung der Feuerbestattung

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/300

in Verbindung damit

Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz – BestG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2728

Ausschussprotokoll 13/682 (TOP 3)

Vorsitzender Jürgen Thulke führt aus, aktuell sei die Information zugegangen, dass der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge in der heutigen Sitzung beschlossen habe, wegen noch bestehenden erheblichen Beratungsbedarfs seine Abschlussberatung am 2. April 2003 durchzuführen. Die mitberatenden Ausschüsse sollten bis zum März 2003 ihre Voten abgeben. Der federführende Ausschuss werde dann am 26. März 2003 seine Beratungen auch über eventuelle andere Änderungsanträge fortsetzen.

Der **Ausschuss** kommt daraufhin überein, den Punkt auf die übernächste Sitzung zu verschieben.

2 Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen (Entl-KommG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3177

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum am 21. November 2002 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den AKo und fünf weitere Ausschüsse überwiesen worden.

Franz-Josef Britz (CDU) erklärt, mit den Fraktionskollegen des federführenden Ausschusses sei verabredet worden, zur Reifung auch dieses Gesetzes, eine Anhörung zumindest der kommunalen Spitzenverbände durchzuführen. Er rege an, diesem Vorschlag zu folgen; zuständig sei der federführende Haushalts- und Finanzausschuss. Grundlage eines Teils der im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen sei ein Teil des Memorandums, an dem auch die kommunalen Spitzenverbände mitgewirkt hätten, gleichwohl sollten die kommunalen Spitzenverbände zur aktuellen Form des Gesetzentwurfs Stellung nehmen.

Heinz Wirtz (SPD) stimmt für seine Fraktion dem Vorschlag zu, bittet aber darum, den Anhörungstermin kurzfristig zu legen, damit das Gesetz alsbald in die Tat umgesetzt werden könne.

Der **Ausschuss** folgt der Anregung, vor der weiteren Beratung die kommunalen Spitzenverbände zu dem Gesetzentwurf im federführenden Ausschuss zu hören.

3 Errichtung des Nationalparks Eifel

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3152

in Verbindung damit

Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/3181

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der Antrag der CDU-Fraktion sei vom Plenum am 8. November 2002 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz – federführend – sowie zur Mitberatung an den Umweltausschuss, den Haushalts- und Finanzausschuss und den AKo überwiesen worden.

Über den hierzu mit überwiesenen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen werde der federführende Ausschuss nach der Schlussabstimmung über den Antrag abstimmen, sodass der AKo über den Entschließungsantrag nicht zu votieren habe.

Reinhold Sendker (CDU) führt aus, nach dem bisherigen Beratungsstand und den Erklärungen, die von den Fraktionen abgegebenen worden seien, sei kurz vor Weihnachten vonseiten der Bundesregierung der Hinweis gekommen, dass der Truppenübungsplatz, der für das Gelände rekrutiert werden solle, nach dem Verkehrswert zu verkaufen sei. Insofern plädiere er dafür, dass die Diskussion aufgrund der neuen Sachlage zunächst noch einmal im federführenden Ausschuss geführt werde.